

Zeitungspapier und 'Schweinezyklus'

In einem überraschenden Zug hat die EU-Kommission in 40 Niederlassungen von Zeitungspapier-Produzenten nach Beweisen für illegale Preisabsprachen gefahndet. Das hat Karel Van Miert, der Wettbewerbs-Kommissar, bekanntgegeben. Untersucht wurden Papierfirmen in Norwegen, Schweden, Holland, England, Finnland, Frankreich, Österreich, Italien und Deutschland; die Durchführung oblag den nationalen Kartell-Behörden.

Dies sei nur der Anfang des Kartell-Verfahrens, ließ die EU-Kommission wissen. Der gesamte Prozeß dürfte drei bis sechs Monate lang dauern. Der Grund, so Van Miert, sei der 'Anstieg der Papierpreise um etwa 20 Prozent in relativ kurzer Zeit'. Tatsächlich, so meldet die Financial Times, sind die Preise seit Jahresende um 30 Prozent gestiegen; für Juli sollen die Hersteller eine neue Anhebung um 20 Prozent planen.

Den Beweis für Preisabsprachen zu liefern, könnte der Kommission schwerfallen. Wenn diese wirklich stattgefunden haben, müßten sie im globalen Rahmen, also nicht nur in Europa, erfolgt sein, weil Zeitungspapier eine homogene, weltweit gehandelte Ware ist.

Wird Papier in der EU zu teuer, würden die Käufer nach Amerika ausweichen, wo 35 Firmen den Markt bedienen, die Preise aber nicht minder schnell gestiegen sind. Das vermutete Kartell müßte dann an die sehr hohe Zahl von 75 Firmen weltweit umfassen, was erfahrungsgemäß schwer zu bewerkstelligen wäre.

Plausibler ist die Lesart, wonach auch hier der berühmte 'Schweinezyklus' abläuft: Fallen die Schweinepreise, werden weniger Schweine gezüchtet, weshalb der Preis wieder steigt, mehr Schweine auf den Markt kommen und der Preis dann wieder fällt. In diesem Fall könnte die Nachfrage nach Zeitungspapier so rasch gestiegen sein, weil die meisten westlichen Länder die Rezession der frühen neunziger Jahre überwunden haben, in denen Kapazitäten abgebaut wurden.

Wenn die Kommission Preisabsprachen beweisen kann, kann sie Geldbußen in Höhe von zehn Prozent des Umsatzes festlegen. Im vergangenen Jahr hat die Kommission hohe Strafen gegen Firmen in der Stahl-, Karton- und Zementindustrie verhängt.

jj